

**Dokumentation der Diskussionsveranstaltung des Berliner Klimaschutzrates mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses**

## **„Status und Perspektive der Berliner Klimaschutzpolitik“**

**Datum der Veranstaltung:** 9. Juni 2021, 09:30 – 11:30 Uhr

**Konferenzformat:** online | kostenfrei

Teilnehmer:innen:

a) Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

- ✓ Silke Gebel, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
- ✓ Jörg Stroedter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD
- ✓ Carsten Schatz, Fraktionsvorsitzender Die Linke
- ✓ Burkhard Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU
- ✓ Henner Schmidt, Sprecher für Infrastruktur und Umweltpolitik der FDP-Fraktion
- ✓ Frank Hansel, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion

b) Mitglieder des Berliner Klimaschutzrates

- ✓ Prof. Dr. Bernd Hirschl, Leiter des Forschungsfeldes Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)
- ✓ Maren Kern, Vorstand beim BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- ✓ Michael Geißler, Geschäftsführer der Berliner Energieagentur

c) Weitere Mitglieder des Berliner Klimaschutzrates

- ✓ Dr. Andreas Schnauß, Leiter Grundlagen bei der Vattenfall Wärme Berlin AG
- ✓ Luise Neumann-Cosel, Vorstand BürgerEnergie Berlin eG
- ✓ Dr.-Ing. Christine Kühnel, Vorsitzende des BUND Berlin
- ✓ Jörg Simon, Vorstandsvorsitzender Berliner Wasserbetriebe
- ✓ Matthias Trunk, Mitglied des Vorstandes der GASAG AG
- ✓ Henrik Vagt, Geschäftsführer Wirtschaft & Politik der IHK Berlin

Moderation:

- ✓ Christine Richter, Chefredakteurin der „Berliner Morgenpost“

**Unterstützt durch:**



## **„Klimapolitik ganzheitlich und sozialverträglich in die Umsetzung bringen“**

In drei Themenblöcken hat am 09.06.2021 der Berliner Klimaschutzrat mit Vertreter:innen der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien über die größten zukünftigen Herausforderungen beim Klimaschutz diskutiert. Die Veranstaltung hat anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden und wurde live im Internet übertragen. Das Publikum konnte sich über eine Chatfunktion an der Diskussion beteiligen.

Der Sprecher des Klimaschutzrates, Prof. Dr. Bernd Hirschl, hob in seinem Impulsvortrag hervor, dass Berlin schneller und effizienter als bislang die Potenziale der Photovoltaik (PV) erschließen müsse: „Die Solarenergie hat das Potenzial, über 25 Prozent des Energiebedarfs Berlins zu decken, aber es müssen Anreize geschaffen und Hemmnisse ausgeräumt werden“, sagte der Leiter des Forschungsfeldes Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Mit Blick auf den Wärmemarkt betonte er zudem die wichtige Rolle von geothermischen Wärmepumpensystemen, die ein hohes Klimaschutzpotenzial aufweisen. Hirschl unterstrich die wichtige Rolle des Berliner Klimaschutzrates als Stakeholder-Rat, um die Politik aus Sicht der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft unabhängig zu beraten. Der Klimaschutzrat hat im vergangenen Jahr ein Positionspapier zur Nutzung von Geothermie in Berlin herausgebracht. Bereits 2018 hatte der Klimaschutzrat Handlungsempfehlungen für eine urbane Solarwende in Berlin veröffentlicht.

### **Diskussion über Solarpflicht**

Im Vordergrund der anschließenden Diskussion stand die vom aktuellen Senat beschlossene Solarpflicht für Neubauten und Bestandsgebäude, wenn das Dach umgebaut wird. Die Mitglieder der Berliner Regierungskoalition verteidigten das Vorhaben. „Bis 2024 soll auf jedem Dach eines öffentlichen Gebäudes, wo es möglich ist, eine Solaranlage stehen“, sagte Silke Gebel, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen. Jörg Stroedter, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, sagte: „Freiwillige Appelle reichen nicht aus. Deswegen muss es verbindliche Vorgaben geben. Die Menschen müssen dabei mitgenommen werden. Es braucht eine soziale Staffelung, um die Bürgerinnen und Bürger nicht zu überfordern.“

Burkhard Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU, wies darauf hin, dass auch die CDU für die klimaneutrale Stadt sei. Es sei aber noch nicht klar, wie das finanziert werden solle. „Das ist nicht zu Ende gedacht“, sagte Dregger. Henner Schmidt, Sprecher für Infrastruktur und Umweltpolitik der FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Quartiere betrachtet werden müssten. „Da gibt es unglaubliche Potenziale. Aber: Wo sollen denn die ganzen Handwerker herkommen, die die Solaranlagen installieren?“, so Schmidt. Skeptisch zeigte sich der Vertreter der AfD-Fraktion, Frank Hansel: „Berlin energiepolitisch autark zu machen, halte ich für utopisch“.

Klimaschutzrat-Mitglied Michael Geißler appellierte in seinem Impulsvortrag an die anwesenden Politiker:innen, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen künftig enger miteinander zu verzahnen: „Beim Klimaschutz wie auch der Anpassung an Klimaveränderung lassen sich erhebliche Synergien heben“, sagte der Geschäftsführer der Berliner Energieagentur. So sollten beispielsweise der Aufbau von PV-Dachanlagen und Dachbegrünungen stärker zusammengedacht werden. Investor:innen sollten hierfür gezielter beraten sowie Förderung ausgebaut und vor allem verstetigt werden. Es komme gerade im urbanen Raum auf ein nachhaltiges Flächen- und Wassermanagement an, das die Folgen des Klimawandels, konkret Hitze- und Starkregenereignisse, berücksichtigt und damit für wirtschaftliche und gesundheitliche Schäden Vorsorge trifft. Vor allem gelte es, jetzt und gezielt zu handeln und die gesamte Stadtgesellschaft mitzunehmen.

## **Die Stadt krisenfest machen**

Dem stimmte auch Carsten Schatz, Fraktionsvorsitzender von Die Linke, zu: „Es soll so viel Grün erhalten werden wie möglich. Es muss geprüft werden, wo neue Flächen versiegelt werden müssen und wo nicht.“ Grünen-Politikerin Silke Gebel ergänzte: „Wir haben nicht mehr viel Zeit, um die Stadt krisenfest zu machen.“ Wer im Sommer über heiße Betonflächen laufe, „weiß, dass es für Menschen mit gesundheitlichen Problemen irgendwann schwierig wird“. Gleichzeitig gebe es vermehrt Starkregenereignisse. Die Entscheidung, wie grün die Stadt werde, müsse aber vor allem in den Bezirken beantwortet werden, wo oftmals zur Verfügung gestellte Fördermittel für mehr Stadtbegrünung nicht abgerufen würden, so Gebel.

Frank Hansel von der AfD sagte in diesem Zusammenhang: „Stadtbegrünung, Nachverdichtung, Klimaschutz: Man kann nicht alles machen und haben. Wir plädieren deshalb für mehr Grün in der Stadt.“ Burkhard Dregger (CDU) ergänzte, dass es darauf ankomme, Grünanlagen zu erhalten – dies gelte auch für Kleingartenanlagen. „Und ich bin dafür, dass wir mehr Grünflächen schaffen. Es ist schade, dass in der Vergangenheit viel zu wenig Fördermittel abgerufen worden sind. Deshalb müssen wir attraktive Förderpakete schnüren“, so Dregger. Henner Schmidt aus der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus plädierte für eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes, wobei eine große Fläche für Stadtbelüftung, Freizeitaktivitäten sowie Naturschutz erhalten werden sollte. Jörg Stroedters Fazit lautete: „Wir haben während der Pandemie viel Zeit verloren. Wir haben sehr viel Geld zur Pandemiebekämpfung ausgeben müssen, das uns an anderer Stelle fehlt. Wir müssen jetzt konkret Dinge befördern, und da muss die öffentliche Verwaltung mitmachen“, so der SPD-Politiker.

Der Klimaschutzrat Berlin wird in Kürze Handlungsempfehlungen in Bezug auf das Thema Klimaanpassungsmaßnahmen veröffentlichen.

## **Technologieoffenheit und Wettbewerb um beste Lösungen**

Maren Kern vom Klimaschutzrat Berlin betonte in ihrem Beitrag, dass die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die möglichst sozialverträglich gestaltet werden muss.

Dies habe eine große Bedeutung für die Akzeptanz der Energiewende in einer Stadt wie Berlin. „Gerade mit Blick auf den Gebäudebereich sollte die Förderung nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. Es kommt darauf an, vor allem die Maßnahmen zu fördern, die eine besonders hohe Effizienz in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Einsparungen aufweisen“, sagte Maren Kern, Vorstand beim BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. Zudem plädierte sie für Technologieoffenheit und den Wettbewerb um die besten Lösungen.

Der Klimaschutzrat hatte 2018 eine Arbeitsgruppe zum Thema „Soziale und baukulturelle Verträglichkeit von energetischen Sanierungen“ eingerichtet. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde ein Thesenpapier erarbeitet. Dieses nimmt vordringliche Aspekte für die Umsetzung der Klimaschutzziele im Gebäudebestand in den Blick. Schwerpunkte bildeten die Sozialverträglichkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen, Anreize für kleinere Privateigentümer, die Quartiersorientierung der energetischen Gebäudesanierung sowie Ansätze zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung.

Jörg Stroedter stimmte Maren Kern prinzipiell zu, ergänzte aber: „Man muss sich im Gebäudebereich jeden Einzelfall ansehen“. Und man müsse vor allem die Genehmigungsverfahren entschlacken. „Wir haben in jedem Bezirk eine andere Politik, die gemacht wird. Das muss sich ändern“, so Stroedter. In Bezug auf CO<sub>2</sub>-Abgaben sagte Burkhard Dregger, dass der entscheidende Punkt sei, wieviel CO<sub>2</sub> eingespart wird, wenn Maßnahmen gefördert werden. Deshalb sei die von Maren Kern erwähnte Technologieoffenheit so wichtig. „Mein Wunsch wäre, dass wir Förderungen auch daran bemessen, inwiefern die Lösungen zu CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen. Das wäre fair und wir würden maximale Ergebnisse erzielen“, so der CDU-Politiker Dregger.

Carsten Schatz hingegen betonte: „Wir brauchen weiterhin ordnungspolitische Lösungen und keine Steuerung über den Preis“. Und Frank Hansel warnte davor, dass die Einsparungen aus energetischer Gebäudesanierung im Nachhinein nicht von erhöhten Betriebskosten überflügelt werden dürften.

In seinem Fazit schloss Prof. Dr. Bernd Hirschl: „Ohne Effizienz werden wir die knappen erneuerbaren Ressourcen nicht nutzen können. Wir müssen ferner die Erneuerbaren dynamischer als bislang ausbauen. Das ist das Wichtigste, um in Berlin auf einen klimaneutralen Pfad zu gelangen“, so Prof. Hirschl.

Informationen über den Klimaschutzrat und die erwähnten Positionspapiere und Handlungsempfehlungen des Klimaschutzrats finden Sie unter:

<https://www.berlin.de/sen/uvk/klimaschutz/klimaschutzpolitik-in-berlin/klimaschutzrat/>